

Die Situation der Geflüchteten auf der griechischen Insel Lesbos

Online-Seminar mit Christian Jakob am 15.07.2020

Nach einer kurzen Begrüßung und Einführung in die Technik begann Christian Jakob, Autor und Journalist, mit seinem Vortrag über die aktuelle Lage der Geflüchteten auf der Insel Lesbos. Diese ist, vor allem das Camp Moria, seit einiger Zeit vermehrt in den Schlagzeilen. Allerdings sind die Probleme vor Ort nicht erst in den letzten Monaten entstanden, vielmehr liegt der Auslöser lange zurück. Daher beginnt Christian Jakob mit seinem Vortrag im Jahr 2009. Zu diesem Zeitpunkt war die Dublin-Regelung seit sieben Jahren in Kraft, die besagt, dass Geflüchtete einen Asylantrag dort stellen müssen, wo sie zum ersten Mal den Boden der EU betreten haben. Für Geflüchtete ist es aber quasi unmöglich einen Asylantrag in Griechenland zu stellen, da es keine offizielle Behörde o.ä. dafür gibt. Bis 2012 gab es nur drei Asylbeamte in ganz Griechenland, das Stellen eines Asylantrages war deshalb quasi unmöglich. Seitdem sind es etwas mehr geworden, aber Griechenland hat das Verfahren trotzdem weiter verschleppt. Trotz der Dublin-Regelung wurde daher Ende 2010 aufgrund der humanitären Situation gerichtlich in Deutschland untersagt, Abschiebungen nach Griechenland vorzunehmen, bis dort ein Asyl-System eingerichtet worden ist. Außerdem hatte Griechenland Geflüchtete damals in gefängnisartigen Lagern untergebracht. Es lief deswegen ein EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland.

2014 wurden vier neue Lager in Griechenland eingerichtet, u.a. in Moria für 3.000 Menschen. 70 Prozent der Gelder kamen von der EU. Diese von der EU sogenannten Hotspots sind besser für die Grenzstaaten innerhalb der EU, denn für die Abschiebungen ist dann die EU zuständig. Während die Zustände in Griechenland für Geflüchtete immer schlimmer werden, da immer mehr Menschen kommen und u.a. die Wasserversorgung auf den Ägäis-Inseln nicht gesichert ist, richtet Griechenland noch immer keine Behörde zum Stellen von Asylanträgen ein. In der zweiten Hälfte des Jahres 2015 kamen dann insgesamt 850.000 Menschen, v.a. aus Syrien, Irak, Afghanistan in Griechenland an, die aus ihrem Land vertrieben wurden oder flüchten mussten. Dies hängt u.a. auch mit der Unterversorgung in den Lagern in der Türkei zusammen. Zum Vergleich: In diesem kurzen Zeitraum kamen so viele Menschen nach Griechenland wie Deutschland bisher aufgenommen hat. Unterschied ist der, das Deutschland viel größer ist und nicht gleichzeitig von einer schweren Finanzkrise betroffen war.

Im Lager Moria ‚lebten‘ im Herbst 2017 bereits 5.000 Menschen. Die Geflüchteten dürfen weder die Inseln verlassen noch können sie einen Asylantrag stellen. Die EU stellt viele Gelder für die Unterbringung von Geflüchteten zur Verfügung, von Griechenland werden sie jedoch kaum abgerufen. Dies ist vor allem politisch motiviert, denn alle, die nach Griechenland kommen, müssen erstmal bleiben, es gibt kein Verteilsystem. Wenn die Geflüchteten in Europa verteilt würden, so die zynische Kalkulation, würden noch mehr Geflüchtete nach Griechenland kommen. Die EU gibt währenddessen lieber noch mehr Geld an Griechenland, ohne selber Geflüchtete von dort aufzunehmen. Griechenland hat die Abschreckung 2020 radikalisiert und setzt Menschen in manövrierunfähige Rettungsinseln aus und drängt sie wortwörtlich wieder zurück aufs offene Meer. Die schwierige Situation in Griechenland bleibt so, bis es eine Lastenverteilung in der EU gibt.

Am 23.03.2020 wird eine Ausgangssperre im Lager Moria aufgrund der Corona-Pandemie verhängt, die bis heute immer wieder verlängert wird. Dies verschlimmert die Situation nochmals dramatisch. Die Hygiene- und Abstandsregeln sind nicht einhaltbar, es gibt kaum fließend Wasser und für eine Mahlzeit muss ein Familienmitglied teilweise Stunden anstehen. Für Frauen gestaltet sich diese Situation besonders schlimm, oft werden sie Opfer von sexuellen Übergriffen oder Vergewaltigung. Sie haben Angst um ihre Töchter, da sie diese in der beengten Unterkunft nicht beschützen können. Acht Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof waren erfolgreich, mit denen sich einzelne Geflüchtete aus dem Lager herausklagen konnten.

Auf Lesbos ist die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber den Geflüchteten und NGOs wesentlich schlechter als früher. Im Frühjahr machten Rechtsradikale regelrecht Jagd auf Geflüchtete und Mitarbeiter*innen von NGOs.

Viele Kommunen in Deutschland haben bereits zugesagt, Menschen aus Moria aufzunehmen. Innenminister Horst Seehofer aber beharrt darauf, dass dies sei Bundessache sei.

Deutschland wolle ja Menschen aufnehmen, aber nur wenn auch andere Länder aus der EU dies tun. Dies war bisher noch nicht der Fall. Im April 2020 sind 47 Minderjährige aus dem Camp nach Deutschland gekommen, mittlerweile sagt Seehofer, dass es 930 insgesamt werden sollen. Wann dies umgesetzt wird, ist nicht klar.

Wenn Deutschland in der zweiten Jahreshälfte 2020 den EU-Ratsvorsitz hat könnte es das Problem Verteilsystem angehen. Am erfolgversprechendsten wäre nach Ansicht von Christian Jakob ein „Modell der zwei Geschwindigkeiten“ um die Blockade der osteuropäischen Visegrad-Staaten zu umgehen, die sich beharrlich weigern, überhaupt auch nur einzelne Geflüchtete aufzunehmen.

In der Diskussion wurde darüber gesprochen, welche Erfahrungen vor-Ort gemacht worden sind. Und welche Aktivitäten lokal möglich sind, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, die Aufnahme von Geflüchteten lokal in den Kommunen zu ermöglichen, die das von sich aus vorgeschlagen haben. So wie z.B. in Marburg.